

Roderich Kiesewetter MdB

Platz der Republik
11011 Berlin
Telefon 030 227-77594
Telefax 030 227-76594
roderich.kiesewetter@bundestag.de
Internet: www.roderich-kiesewetter.de

Wahlkreisbüro:
Beinstraße 44
73430 Aalen
Telefon 07361 5249 201
Telefax 07361 5249 202
roderich.kiesewetter@wk.bundestag.de
<http://de-de.facebook.com/roderich.kiesewetter>
<https://de.twitter.com/RKiesewetter>



Kiesewetter kompakt

06/2013

Zypern muss einen substantiellen Beitrag leisten/ Persönliche Notizen

Kein Hilfsprogramm ohne ausreichende Eigenbeteiligung Zyperns

Die Eurogruppe hatte sich anlässlich ihrer Beratungen zu einem Hilfsprogramm für Zypern am 15. und 16. März auf Maßnahmen verständigt, die Zypern für die Gewährung einer Finanzhilfe des Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) umzusetzen hat. Dazu gehören die Schrumpfung des Bankensektors, die Eigentümer- und Gläubigerbeteiligung an der Bankenrestrukturierung, eine umfangreiche Haushaltskonsolidierung, die wirksame Bekämpfung der Geldwäsche und die Nachverhandlung eines russischen Kredits an Zypern. Zur Ausgestaltung dieses Programms hatte Zyperns Regierung unter anderem angekündigt, eine einmalige Stabilitätsabgabe auf Bankeinlagen von In- und Ausländern zu erheben, die Zinsertrag- und Körperschaftsteuer anzuheben und Staatsbetriebe zu privatisieren. Das zyprische Parlament hat allerdings an diesem Dienstag seine Zustimmung für die Abgabe auf Spareinlagen verweigert. Seither gibt es keine Basis für ein europäisches Rettungspaket für das Land.

Nach der Entscheidung des zyprischen Parlaments erklärte der haushaltspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Norbert Barthle: „Wir können die gestrige Ablehnung der einmaligen Abgabe auf Spareinlagen durch das zyprische Parlament nicht nachvollziehen. Wir halten die Entscheidung für einen schweren

Fehler. Zypern selbst hat vergangenes Jahr einen Hilfsantrag gestellt, nachdem klar wurde, dass das Geschäftsmodell der Volkswirtschaft nicht mehr tragfähig ist. Derzeit sind zwei wichtige zyprische Banken auf Notfallunterstützung der Europäischen Zentralbank angewiesen. Europa hat seine Hilfe angeboten, aber wir verschenken kein Geld. Für die Union war immer wichtig: Keine Leistung ohne Gegenleistung. Ein Hilfsprogramm kann es nur geben, wenn glaubwürdige Schritte zur Korrektur der Fehler unternommen werden, die ursächlich zur Krise geführt haben. Etwas anderes könnten wir auch unseren Steuerzahlern gegenüber nicht rechtfertigen. Weder Deutschland noch die anderen Eurostaaten sind an den Problemen Zyperns schuld. Die Staatengemeinschaft ist nach wie vor bereit, Zypern über ein zielgerichtetes Hilfsprogramm zu helfen. Dabei geht es auch darum, die Einlagen der zyprischen Sparer dauerhaft zu schützen. Wenn zyprische Banken Konkurs gehen sollten, dann wären auch die Kleinsparer betroffen, möglicherweise sogar mit ihren gesamten Einlagen. Diesen Zusammenhang bewusst oder unbewusst zu übersehen ist verantwortungslos. Angesichts des großen Finanzbedarfs der zyprischen Banken und des Staates ist ein substanzieller Eigenbeitrag Zyperns unverzichtbar. Nur so kann die Staatsverschuldung des Landes mittelfristig wieder ab-

gebaut werden, und nur so hat das Land eine Chance, wieder auf eigenen Beinen zu stehen. Die Tragfähigkeit des Programms ist eine fundamentale Voraussetzung für seinen Erfolg. Es war ausdrücklich nicht Position der Bundesregierung in den Verhandlungen der Eurogruppe am vergangenen Freitag, die Sparer bei den Banken über eine einmalige Abgabe zu beteiligen. Dieser Vorschlag – insbesondere auch die Beteiligung aller Sparer ab dem ersten Euro – kam von Seiten Zyperns. Es ist offenbar das Ziel der zyprischen Regierung, die Großanleger auf Kosten der eigenen Bevölkerung zu schonen. Das sollte die Regierung in Zypern auch ehrlich sagen. Wir vertrauen nun darauf, dass sich die Troika nicht erpressen lässt. Über die genaue Ausgestaltung des Eigenbeitrags von Zypern kann man sicher reden. Es darf aber kein Programm ohne ausreichende Eigenbeteiligung Zyperns geben. Dies wäre nicht zu rechtfertigen und würde sicher keine Mehrheit im Deutschen Bundestag bekommen.“

Hintergrund: Es ist nun notwendig, dass das zyprische Parlament umgehend die Rechtsgrundlage für die Stabilitätsabgabe beschließt. Die Eurogruppe hat sich politisch auf Eckpunkte verständigt. Diese Eckpunkte werden dem Bundestag vorgelegt. Dann kann die Troika die Details (Memorandum of Understanding) eines Programms ausarbeiten. Eine abschließende Entscheidung wäre in der ersten Parlamentswoche im April möglich. Das deutsche ESM-Gesetz sieht diese zwei Stufen vor. Anschließend kann der ESM-Gouverneursrat das Programm in der zweiten April-Hälfte beschließen, sofern auch die Parlamente anderer Euro-Länder dem Programm zugestimmt haben.

Barthle weiter: „Dass sich SPD und Grüne, die vor dem Gipfel am lautesten die Beteiligung auch der Bankeinlagen gefordert haben, nun an die Spitze der Bedenkensträger stellen, zeigt, wie sehr ihr Handeln von Wahlkampfinteressen geleitet ist. Das wird dem Problem nicht gerecht. Der deutschen Regierung etwas in die Schuhe schieben zu wollen, das sie in keiner Weise zu verantworten hat, ist leicht zu durchschauen. Die SPD lehnt in Zypern die Einmalbeteiligung der Sparer zur Rettung des Staates und der Banken ab. In Deutschland fordert sie die Wiedereinführung der Vermögensteuer. Das passt

nicht zusammen. Die Bundesregierung ist eine Bastion der Stabilität in der europäischen Krisenpolitik, und wir unterstützen den Finanzminister und die Bundeskanzlerin ausdrücklich in diesem Kurs.“

Förderung von Forschung und Innovation

„Wirtschaftlichen, kulturellen und sozialen Wohlstand zu schaffen und dabei die natürlichen Lebensgrundlagen zu bewahren, ist für die Bundesregierung nicht nur ein Ziel für die jetzige, sondern auch für künftige Generationen. Gerade die aktuelle europäische Schulden- und Finanzmarktkrise zeigt eindringlich, wie wichtig dafür stabile makroökonomische Rahmenbedingungen und eine den Prinzipien der Nachhaltigkeit und Zukunftsfähigkeit verpflichtete Politik ist“, so die Bundesregierung in ihrem Bericht über „Zukunftsprojekte der Hightech-Strategie (HTS-Aktionsplan)“, der an diesem Donnerstag im Deutschen Bundestag zur Debatte stand.

Zu Beginn hatte Bundesbildungsministerin Johanna Wanka gesprochen und die Erfolge in der Bildungs- und Forschungspolitik hervorgehoben: „Deutschland gehört weltweit zu den innovativsten Ländern.“ Das läge an der Entdeckerfreude und der Innovationsfreude der Menschen. Die deutsche Volkswirtschaft sei heute die viertgrößte nach den USA, China und Japan. Hintergrund: Deutschland ist dank der konsequenten Forschungspolitik der christlich-liberalen Koalition ein Forschungsstandort erster Güte. Die in Deutschland aufgewandten Mittel für Forschung und Entwicklung haben 2011 insgesamt 74,8 Mrd € erreicht, den höchsten Wert seit Gründung der Bundesrepublik. Diese Gesamtausgaben von Bund, Ländern und Wirtschaft lagen damit um 34 Prozent über dem Vergleichsjahr 2005. Mit einer Forschungs- und Entwicklungsintensität von 2,88 Prozent haben wir im Jahr 2011 die bedeutende Zielmarke von drei Prozent fast erreicht.

Nach den USA ist Deutschland das zweitwichtigste Zielland für Investitionen internationaler Forschungs- und Entwicklungsunternehmen. Das führt dazu, dass erstmals mehr als 500.000 Menschen in Deutschland für Forschung und Entwicklung arbeiten – ein Plus von 72.000 Personen seit 2005.

Stand der Aufarbeitung der SED-Diktatur

Zu Beginn seiner Sitzung an diesem Freitag debattierte der Deutsche Bundestag über den Bericht zum Stand der Aufarbeitung der SED-Diktatur, den die Bundesregierung als Unterrichtung vorgelegt hat. Ziel des Berichts ist es, die Aktivitäten auf allen staatlichen und gesellschaftlichen Ebenen zu dokumentieren und nachvollziehbar zu machen. Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands (SED), die aus der Vereinigung von KPD und SPD in der russisch besetzten Zone Deutschlands im April 1946 hervorging, hat die über 40jährige totalitäre Diktatur in der Deutschen Demokratischen Republik (DDR) zu verantworten. In der friedlichen Revolution des Jahres 1989 überwand die Bevölkerung dieses Staates die brutale Herrschaft der SED und setzte freie Wahlen und die deutsche Wiedervereinigung durch. Mehr als zwanzig Jahre danach stellen wir aber mit Bestürzung fest, dass gerade junge Menschen in unserem Land zu wenig vom Unrecht und der Ungerechtigkeit der Diktatur wissen, die die SED mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln errichtet und blutig verteidigt hat. Manche vergessen und verdrängen die Rolle dieser Partei, die ihr „Schwert und Schild“, die Staatssicherheit der DDR, als scharfe Waffe gegen die eigene Bevölkerung einsetzte. Die SED steht für die tausendfache Bespitzelung, für ein mörderisches Grenzregime und für das undemokratische Regieren gegen Sinn, Verstand und Menschlichkeit. Die Union wendet sich gegen das Vergessen und steht für die Aufarbeitung dieses Unrechts.

Um der Verklärung der SED entgegenzuwirken, hat die Bundesregierung unter Einbindung der Opferverbände, der Dokumentations- und Gedenkstätten, der Länder und der betroffenen Ressorts Bilanz gezogen. Neben den jährlichen Berichten liegt nunmehr eine beispielhaft umfassende Darstellung vor, die als Bestandsaufnahme alle bisherigen Maßnahmen zur Aufarbeitung der DDR-Diktatur zusammenfasst – darunter die Rehabilitierung der Opfer, die rechtliche Verfolgung der Täter, die wissenschaftliche Forschung oder die Bildungsarbeit und die Nutzung der Unterlagen der Staatssicherheit der DDR. Der Bund trägt mit mehr als 100 Mio € pro Jahr zur Aufarbeitung der SED-

Diktatur bei. Wie keine andere Fraktion des Bundestages stehen wir dafür, in der Aufarbeitungsarbeit nicht nachzulassen. Einen Schlussstrich kann und darf es nicht geben. Wir sorgen daher unter anderem für weitere Zugänglichkeit der Akten der Stasi für berechtigt Interessierte bis zum 31. Dezember 2019.

IHKn kommen zur Landesgruppe

Unmittelbar vor ihrer Mitgliederversammlung kamen an diesem Dienstag die Präsidenten und Hauptgeschäftsführer der zwölf Baden-Württembergischen Industrie- und Handelskammern mit den Mitgliedern der CDU-Landesgruppe Baden-Württemberg im Deutschen Bundestag in Berlin zusammen. Auf das in der vergangenen Woche vom SPD-Parteipräsidium verabschiedete Wahlprogramm angesprochen, betonte der Landesgruppenvorsitzende Thomas Strobl: „Steuererhöhungen hat die CDU überhaupt nicht auf dem Plan. Im Gegenteil: Die Abmilderung der Kalten Progression bleibt auf der Agenda; hier muss insbesondere die SPD sich im Bundesrat bewegen.“ Auch der Vorsitzende des Parlamentskreis Mittelstand und mittelstandspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Christian von Stetten, nahm Anstoß an den Vorstellungen der SPD: „Die Giftmischung aus Vermögensteuer, Erbschaftsteuererhöhung, Kapitalertragsteuererhöhung und Anhebung der Einkommensteuersätze bleibt leider zu Lasten unserer vielen mittelständischen Unternehmen und Familienbetriebe auf der Agenda.“ Von Stetten kritisierte das Verhalten der SPD beim Bürokratieabbau.

Hintergrund: Die Bundesregierung hatte in ihrem Eckpunktepapier zum Bürokratieabbau am 14.12.2011 beschlossen, die Aufbewahrungspflichten für Belege nach Handels- und Steuerrecht von zehn auf fünf Jahre zu verkürzen. Nach Beratungen mit den Ländern hatte die Bundesregierung am 23. Mai 2012 mit dem Entwurf des Jahressteuergesetzes 2013 eine Regelung auf den Weg gebracht, die eine Verkürzung der Aufbewahrungsfristen zunächst auf acht Jahre, ab 2015 auf sieben Jahre vorsah. Diese Regelung wurde im Deutschen Bundestag mit den Stimmen von CDU/CSU und FDP, das heißt unter Ablehnung der SPD und der Grünen am 25.10.2012 beschlossen. Dies wurde im Dezem-

ber von den rot-grün regierten Ländern im Bundesrat einstimmig abgelehnt. Eine Einigung im Vermittlungsausschuss konnte nicht erzielt werden. Die seinerzeit im Bundestag verabschiedete Regelung zur Verkürzung der Aufbewahrungsfristen hätte zu einer Entlastung der Unternehmen von insgesamt 2,5 Mrd € jährlich geführt. Zur Blockadepolitik von Rot-Grün im Bundesrat sagte von Stetten weiter: „Wenn Herr Steinbrück die Aufbewahrungspflichten wirklich verkürzen möchte, muss er dafür nicht bis nach der Bundestagswahl warten: Wir stehen bereit, um diese Maßnahme kurzfristig zu beschließen und umzusetzen.“

Zitat:

«Europa muss nicht jede kleine Bude retten.»
(Der Chef des Kölner Instituts der deutschen Wirtschaft (IW), Michael Hüther, hält in der «Saarbrücker Zeitung» eine Staatspleite Zyperns als Alternative zu einem Rettungspaket für verkraftbar.)

Persönliche Notizen

1. Wahlkreis und Land

Am Freitag, den 15. März, im bayerischen Riedenburg, wie auch am Samstag in Straßburg, wo ich **Vorträge zur deutschen Außen- und Sicherheitspolitik** hielt, traf ich auf interessierte Bürgerinnen und Bürger aus unserem Wahlkreis, die sich auf den weiten Weg gemacht haben, an spannenden sicherheitspolitischen Veranstaltungen teilzunehmen. Es freut mich sehr, dass bei all den wichtigen wirtschafts- und sozialpolitischen Themen unsere Bevölkerung auch Fragen der Sicherheitspolitik bewegen. Die unklaren und erschütternden Entwicklungen in Syrien und Mali werden uns noch auf Jahre beschäftigen.

Am Samstagabend nahm ich mit meiner Frau an den 23. internationalen **Jazz Lights** in Oberkochen teil - dieses Mal mit dem württembergischen Kammerorchester aus Heilbronn und Giora Feldmann, einem fast 80jährigen Klezmer-Musiker, ein begeisternder Abend.

2. Berlin

Vom 17. bis 19. März besuchte ich im Auftrag meiner Fraktion mit drei Kollegen den **Kosovo** und **Serbien**, wo wir mit Blick auf bevorstehende Verhandlungen mit der Europäischen Union viele Gespräche geführt haben. Gesprächspartner waren der Außenminister und die Europa-ministerin Kosovos, sowie in Belgrad der Premierminister, Verteidigungsminister und die Europaministerin. Hinzu kamen zahlreiche Begegnungen mit Nichtregierungsorganisationen und Journalisten sowie deutschen Organisationen vor Ort. Die Reise war wichtig zur Lagefeststellung für unsere Fraktion. Auf dem Weg zu einer EU-Mitgliedschaft der Balkanländer gibt es aus meiner Sicht noch viel zu tun.

Ab Mittwoch ging dann die normale Sitzungswoche weiter. Höhepunkt war der Besuch der **Jugendkapelle des Musikvereins Dunstelingen**. Rund 20 junge Schülerinnen und Schüler im Alter von 12 bis 19 Jahren unter der Leitung von Vorsteher Franz-Constantin Gräter spielten im Paul-Löbe-Haus wie auch beim Parlamentarischen Abend der Gesellschaft für Sicherheitspolitik in Berlin. Sie gaben ein herausragendes Beispiel für die Leistungsfähigkeit und Begabung von jungen Menschen in unserer Region.

Zum Ende der Woche findet heute am Freitag eine Präsidiumssitzung des **Reservistenverbandes** statt. Wir wollen über die Neuausrichtung unserer Organisation sprechen und das Programm für die Bundestagswahl besprechen.

Ihnen und Ihren Familien wünsche ich ein gesegnetes und erholsames Osterfest.

Herzliche Grüße

